Kommunalwahl Frankfurt 2021

Fragen des BUND Frankfurt und Antworten von CDU, Grüne, SPD und FDP

Frage 8: Die Bodenversiegelung nimmt beständig zu. Zugleich fehlt in Frankfurt bezahlbarer Wohnraum. Wie wollen Sie diesen Widerspruch auflösen?

GRÜNE:

Wir glauben nicht, dass man alleine durch Neubau die Probleme auf dem Wohnungsmarkt wird lösen können. Wir glauben aber auch nicht, dass man auf Neubau im Wohnungsbereich vollständig verzichten kann, ohne dass dies negative Auswirkungen für die Wohnungssuchenden hat. Bis auf weiteres gehört daher auch der Neubau von Wohnungen zu unserem Konzept. Wir sehen allerdings auch die Probleme im ländlichen Raum, wo durch den Wegzug der Menschen gerade umgekehrte Problemlagen entstehen, und begrüßen die Initiativen der Landesregierung zur Stärkung der ländlichen Räume. In unserem Wahlprogramm haben wir die Bereiche Umwelt und Klima, Stadtentwicklung und Wohnen gemeinsam behandelt und zeigen auf, dass wir die gesellschaftlichen Herausforderungen unserer wachsenden Stadt nur mit einer vorausschauenden Planungspolitik lösen können, bei der wir die Themen Wohnen und Klima zusammen neu denken. Wir müssen den Klimawandel sozial gerecht und entschieden bekämpfen. Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum ist die zentrale soziale Frage in den Großstädten und damit auch in Frankfurt. Wir können und wollen es uns nicht leisten, eine der beiden Fragen auf Kosten der anderen Frage zu lösen. Wir fordern ein „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ mit dem Ziel, Flächen für preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wir fordern den Baulandbeschluss konsequent umsetzen mit höheren Quoten: 60 % sozialen Wohnungsbaus - 40% für den 1. und 20% für den 2. Förderweg - und 20 % für gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren sowie 15% für frei finanzierten Mietwohnungsbau. Den Baulandbeschluss wollen wir auch auf kleinere Vorhaben unter 30 Wohneinheiten ausweiten. Parallel ist unsere Aufgabe neue Bodenversiegelung zu minimieren. Wir müssen mehr dafür sorgen, dass der vorhandene Grund und Boden effektiv dafür genutzt wird, bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Für uns bedeutet das beispielsweise auf die Einhaltung des Baugebots zu pochen, keine weiteren städtischen Flächen zu verkaufen, sondern sie in einem für nachhaltige Projekte auf unter 1,5 % gesenkten Erbpachtzins zu vergeben, Vorkaufsrechte stärker auszuüben, Milieuschutzsatzungen zu schärfen und flächensparend zu bauen. Mit Boden und Leerstand darf nicht spekuliert werden, sondern die Preise müssen so niedrig wie möglich gehalten werden. Auch müssen Aufstockungs- und Nachverdichtungspotentiale genutzt werden, jedoch stets mit einer deutlichen Verbesserung der Grünflächensituation. Darüber hinaus müssen wir zu einer Zusammenarbeit mit der Region kommen, in der jede Kommunen ihren Beitrag zur Lösung der Wohnungskrise leistet. Neben dem erwähnten Neubau gilt es auch im Bestand dafür zu sorgen, dass die Wohnkosten nicht mehr so rasant ansteigen wie bisher. Dafür wollen wir u. a. Belegungs- und

Bindungsrechte verlängern, setzen uns für einen mieter*innenfreundlichen Mietspiegel ein, der auch preisdämmend wirkt und fordern vom Bund eine verstärkte Mietpreisbremse, die maximal 5% Mieterhöhung in 3 Jahren erlaubt. Schließlich braucht es eine Nutzung des vorhandenen Leerstandes. Hierfür brauchen wir von Land und Bund die entsprechenden Möglichkeiten.

CDU:
Wir müssen grundsätzlich flächenschonend bauen. Mindernutzungen sind zu identifizieren und zu beseitigen, die Konversion bereits versiegelter Flächen hat Vorrang. Es muss unter Beachtung der zugehörigen Grün- und Freiflächen teilweise dichter bebaut werden.

SPD:
Wir wollen diesen Widerspruch auflösen, indem wir uns für Neubauten mit hohem Energiestandard einsetzen. Zudem muss wo immer möglich entsiegelt werden, Regenwasser als Brauchwasser genutzt und versickert werden. Mit jedem neuen Baugebiet muss auch viel neues Grün entstehen!

FDP:
(siehe Antwort auf Frage 7)